



Verantwortliche Leiter: Handelteltl. L. V. Stransburg, Politischer Teil, Dr. Richard Jäger, Kunst u. Wissenschaft, Franz Köppen, Lokales und Sport, Gerhard Rautner, sämtlich in Berlin

Verantwortlich für den Inlandsteil: L. V. Stransburg, Berlin, Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitungs-Druckerei und Verlag Ges. m. b. H., Berlin W 4, Kreuzstr. 11

Abendausgabe · 20 Pfennig. 75. Jahrgang. Sonnabend, 24. Mai 1930

## Der Thüringen-Konflikt vor der Landeskonferenz.

Weimar erklärt: Keine Zurückziehung der Schulgesetzänderung.

Weimar, 24. Mai.  
Die heute morgen stattgefundene Kabinetsitzung der thüringischen Regierung führte zu einer Klärung der Haltung der Regierung in der Frage der Schulgesetzänderung. Wie bekannt, wurde die Hebererentscheidung dahingehend erzieht, daß von einer Zurückziehung der Schulgesetzänderung durch das Volkswirtschaftsministerium keine Rede sein kann. Man überläßt es also dem Weichensministerium, in dieser Angelegenheit die Entscheidung des Staatsrats herbeizuführen.  
In der gleichen Sitzung wurde eine Entscheidung der Landesminister für nächsten Mittwoch nach Weimar bekanntgegeben, wo auf Veranlassung des Weichensministeriums Verhandlungen gepflogen werden sollen über eine Änderung der Grundzüge für die Gewährung von Reichszuschüssen zur Polizei der Länder.

## Das neue Schreiben Wirths an Baum

Der Reichsminister des Innern, Dr. Wirth, hat mit dem Reichspräsidenten, unter dem 23. Mai an den Vorsitzenden des Thüringischen Staatsministeriums, Staatsminister Baum, einen Brief geschickt, in dem er wiederum auf die Frage der in Aussicht genommenen Befreiung von leitenden Beamten der Thüringer Polizei Stellung nimmt und u. a. schreibt:  
Die Frage, ob Angehörige der Nationalsozialistischen Partei überhaupt Beamte sein können, muß ich jedoch völlig unentschieden lassen, da ich der Auffassung bin, daß die Einstellung von Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei in die Polizei

## den mit den Ländern vereinbarten Grundzügen für die Gewährung eines Reichszuschusses für polizeiliche Zwecke inbegriffen ist.

Die Frage, ob Angehörige der Nationalsozialistischen Partei überhaupt Beamte sein können, muß ich jedoch völlig unentschieden lassen, da ich der Auffassung bin, daß die Einstellung von Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei in die Polizei

## überwiegend hiernach seines Erachtens der in Ziffer VI der Richtlinien aufgestellten Forderungen.

in Weimar die Polizeidirektorenstelle mit einem Angehörigen der Nationalsozialistischen Partei besetzt und ihm überdies ein der gleichen Partei angehörender Regierungsrat beigegeben wird, wird mich nicht befriedigen. Ich verfolge nach einheitlichem Vorlauf der Ziffer VI der Grundzüge das bestmögliche Wozugeln Thüringens die möglichst weitestgehenden Grundzüge der Vereinbarung zu dem Landeskonferenz am 8. Mai.  
Der Reichsminister hat das Schreiben auch den Thüringischen Landesregierungen ausgehändigt.

## Hochverratsverfahren gegen Woldemar.

TU Brauns, 24. Mai.  
Wegen Professor Woldemars hat die Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit seinen Erklärungen gegenüber Reichsvertretern, wonach die litauische Regierung die Verhaftung des Reichsverteidigers als Verletzung der Neutralität angesehen hätte, ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet. Der Zentralverstand des Zentralratsverbandes beschloß, Woldemar aus der Partei auszuscheiden und ihn wegen seiner Beziehungen vor ein Ehrengericht zu stellen.

## Attentat auf spanischen Monarchenführer.

EP Madrid, 24. Mai.  
Auf den Attentat der monarchistischen Union, José Castellanos, ist während einer Rede, in der er die Politik Primo de Riveras verurteilt, ein Dolchattentat verübt worden. Ein mit einem Dolch bewaffneter Mann stürzte sich auf Castellanos und brachte ihm einen tiefen Stich in der Brust. Castellanos wurde sofort in die St. Karolus-Krankenhaus gebracht.

## Die Veron des Attentats von Malin.

Zu dem Attentat auf den Premierminister wird noch berichtet, daß der Täter namens Wilhelmsen im Jahre 1919 verhaftet worden war, weil er bei einer Handlung in der Schweiz einen Dolch auf einen Reichspräsidenten losgelassen hatte. Der König von England sandte ein Telegramm an den Gouverneur von Malin, in dem er seinen Wünschen über das Attentat auf den Premierminister Lord Curzon Ausdruck gibt.

## Englisch-russische Disarmierungsabkommen.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ bezieht sich ein englisch-russisches Abkommen über die Disarmierung auf die in der Disarmierungskommission unter Vorsitz von Lord Curzon und dem sowjetischen Außenminister Litwinow unterzeichneten, worden ist.

# „Graf Zeppelin“ zum Rundflug Rio — Sao Paulo gestartet.

## Abflug in der Mitternachtsstunde. Erneute Begeisterungsjahren in Pernambuco.

Pernambuco, 24. Mai.  
Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist Freitag, 5 Minuten vor Mitternacht (Sonabend) 12.35 Uhr MEZ (3) zur Nacht nach Rio de Janeiro und Sao Paulo aufgestiegen. Nach den bisherigen Meldungen wurde Freitag 1.25 Uhr die Stadt Maragogipe (Wrazing Bahia) überflogen, die 75 Meilen südlich von Pernambuco liegt.  
„Graf Zeppelin“ passierte um 5.25 Uhr MEZ, Porto de Pedras, 150 Kilometer südlich von Pernambuco. Das Luftschiff flog mit einer Stundengeschwindigkeit von 120 Kilometern. Das Wetter ist klar, es herrscht leichter Gegenwind.

## In Regen und Sturm.

Um 10 Uhr MEZ befand sich das Luftschiff fast vor Bahia, wobei sich heftiger Gegenwind bemerkbar macht. Gleichzeitige starken Regen und Sturm. Die Geschwindigkeit des Luftschiffs hat sich trotzdem kaum vermindert.

Um 11.15 Uhr (11.50 Uhr MEZ) wurde die Stadt Bahia passiert.

Zwischen Mitternachtsstunde hatte sich wieder eine vierte Welle von Regen und Sturm eingestellt, um das überfliegende Luftschiff zu genieren. Eine halbe Stunde vor dem Start trat Dr. Gener in Begleitung des brasilianischen Konsuls am Flughafen ein. Die Besatzung des Luftschiffs wurde in ihren Kabinen eingesperrt. Eine ungeheure Menschenmenge jubelte dem „Graf Zeppelin“ zu, als General das Kommando „Los!“ gab und der Luftsturm im hellen Licht der vielen Scheinwerfer langsam aufstieg. Der größte Teil der Bevölkerung war auf den Straßen und begrüßte den „Graf Zeppelin“, der durch die Sternstrasse nach Norden über die Stadt hinwegflog. Die Parade der Zuschauer wurde von dem „Graf Zeppelin“ mit Lichtsignalen beantwortet.

Nach den letzten Mitteilungen beim Start ist ein starker unregelmäßiger Wind zu spüren, das Luftschiff in Rio de Janeiro landen kann, obwohl dort alle Vorbereitungen hierzu (trotz des fehlenden Normalwetter) getroffen sind. Dr. Gener beschloß, von Rio de Janeiro aus die brasilianischen Kolonien in den Südstaaten Santa Catarina, Paraná und Rio Grande do Sul zu überfliegen und möglicherweise eine Landung in Sao Paulo zu versuchen.

Der bei der Gründung des Luftschiffes, die wegen der außerordentlich großen Höhe während des Zuges sich

## Der Reichspostminister vor dem Reichstage.

### Die zweite Beratung des Haushalts des Postministeriums

Hand auf der Tagesordnung der heutigen Reichstags-Sitzung, die um 10 Uhr begann. Verbunden damit sind der Gegenentwurf über die Postvereinbarverträge und eine Änderung des Postfinanzgesetzes, wonach die Zahl der vom Reichstag in den Vereinbarverträgen zu entsendenden Mitglieder um eins erhöht wird.  
Reichspostminister Dr. Schödel eröffnete seine Ausführungen im Sachverständigenrat und erklärte, das Jahr 1929 sei ein Jahr der Konsolidierung gewesen. Die Reformen in Betrieb und Verwaltung seien weitgehend durchgeführt und zu einem gewissen Wohlstand beigetragen. Die äußere Dienst soll zusammengefaßt werden mit dem Ziele, möglichst ein zentralisiertes Amt in jedem größeren Ort zu schaffen, dem die übrigen als Zweigstellen angegliedert sind. Denselben pflegen wir die Normierung und Vereinfachung. Wir sind auf dem Wege, in der Telegraphie einen Einheitsapparat einzuführen. Bei der Regelung von Luftstrassen wird das Handwerk mit größter Eile durchgeführt. Der Reichspostminister erklärte, daß die Postverwaltung im letzten Jahr einen großen Gewinn erzielt hat. Die Postverwaltung ist durch die Verwendung der Schnellposten der Norddeutschen Lloyd eine erhebliche Verbesserung erreicht. Als erster Staat in Europa haben wir die Luftpost eingeführt, die im Westen des Weltverkehrs im Osten bis Konstantinopel geht.  
Die Zahl der Mundfunknehmer ist im Jahre 1929 von 2,8 auf 3,2 Millionen gestiegen.

Die Verhandlungen auf dem Gebiete des Fernverkehrs sind so weit gekommen, daß wir schon bald an einer den postlichen Schwierigkeiten durchaus angemessenen Einigung kommen werden. Zusammenfassend hat der Reichspostminister die Postverwaltung in der Welt bereits wieder großes Vertrauen erweckt.

„Herrn Reichspostminister“ erinnert an das neue große Defizit des Reiches und spricht die Hoffnung aus, daß es durch die Durchführung der Luftstrassen im Reichspost führen werde. Wesentlich ist, daß der Osten noch immer verkehrstechnisch zurückgeblieben sei. Die Verhandlungen über die Post sind auf gewisse Postvereinbarverträge gekommen. Der Mundfunk ist leider politisch behindert, während er ein unparlamentarisches Kulturinstrument sein sollte. Erfolgreich sei, daß der Postminister

## Danzig, „der Hafen Polens“.

Der amtliche Vertreter Polens in Danzig, Minister Strasburger, hat es für richtig gehalten, in Paris vor einem sehr prominenten Publikum eine Rede zu halten unter dem bescheidenen Titel „Danzig, Port de la Pologne“. Sie ist ein Musterbeispiel für die polnische Auslandspropaganda. Nach Strasburgers Ausführungen befindet sich Polen wirtschaftlich im Kampf gegenüber Deutschland, hat Polen historischen Anspruch auf den Sektor, ist Danzig eine unter den neuen Verhältnissen florierende Stadt, ist Obingen gar keine Stützpunkt für Danzig und — ist Obingen längst reich für eigene Entwicklung an Polen! Die Tatsache, daß einer der führenden polnischen Diplomaten gerade in Frankreich vor einem amerikanischen Publikum eine solche eindeutige, alle unsere Verfassungen in ihrem Sinn wohl behaltende Rede hält, sollte unserer amtlichen Außenpolitik oftmals ein Fingerzeig für die Behandlung der polnischen Frage sein.

TU Paris, 24. Mai.

Am Freitagabend hielt der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Strasburger, in der Kammer der Deputierten der Generalversammlung einen die Zeitungen zum Teil sehr geschätzten Redebeitrag. Nach einem Hinweis auf den Anspruch des geschichtlichen polnischen Vorkriegsreichs, daß der Anschluss Ostpreussens an das Deutsche Reich für die Zerschlagung des Reiches in Frage komme, weil diese Länder, die zusammen mit 60 Prozent am künftigen Vorkriegsreich teilgenommen, im Falle ihrer Vereinigung das Wirtschaftswesen der Zerschlagung vollkommen beherrschten würden, erklärte Strasburger, für Polen könne am liebsten der Status eines eigenen Staates zum Zweck eines gewissen Handelskontinuität. Trotz des sogenannten Zerfalls zwischen Deutschland und Polen sei Deutschland der Wirtschaft des Handelsverkehrs mit 40 Prozent an der polnischen Wirtschaft beteiligt gewesen. Wenn Polen also seinen direkten Zugang zur Ostsee hätte, würde sein Außenhandel und damit seine gesamte Wirtschaft in untragbarer Weise von Deutschland abhängen, was polnische Wirtschaftler nicht dulden wollen. In der Rede Strasburgers drückte sich der Große und Wärdner als Mann aus, der sich für die polnische Wirtschaft, die sich dem Zugang zum Meer die entscheidende Lebensfrage für einen unabhängigen polnischen Staat sei. Jede Erörterung über den Sektor sei ein Schritt zurück an der Defensivbereitschaft Polens voraus und sei daher unmöglich. Dr. Strasburger, während sich nach Frieden, sondern sogar Unabhängigkeit mit dem deutschen Reich, Polen dürfe aber auf keinen Fall zum Vorkriegsdeutschland werden! Der Redner jagte in seinen weiteren Ausführungen mit allerletzten Kräfte, sprach von der angeblichen 80 Prozentigen Mehrheit der polnischen Bevölkerung in Pommern, was nach Strasburgers Auffassung „Danzig, das hat Polen als einen „Reinen deutschen Provinz“ sein sollte, das die Ostsee für Polen der Ostsee gegeben sei, um.

Ministerrat der Lage Ostpreussens stellte Dr. Strasburger auf eine von Sachverständigen unabhängige Sachverständigenkommission, die die polnische Wirtschaft unter der klügelnden Abstützung vom übrigen Gebiet gar nicht zu leiden habe, da es sowohl zur See als zu Lande unbehindert mit dem Wasserlande verkehren könne. Er leugnete die wirtschaftliche Krise Ostpreussens durchaus nicht, doch sei sie ganz einfach darauf zurückzuführen, daß die ostpreussische Wirtschaft infolge der hohen Zölle der Deutschen Reichsregierung zum Beispiel auf dem Berliner Markt immer weniger auskommen könne. Der Redner erklärte, dass die polnische Wirtschaft in Ostpreußen immer mehr zum Fortschritt der russischen Wirtschaft. In ganz unmissverständlicher Weise und im reinen Geist des polnischen Nationalismus ließ der Redner zuletzt durchblicken, daß die Rettung Ostpreussens in einer engeren „wirtschaftlichen“ Verbindung mit Polen zu erblicken sei. Die Gründung Obingens sei ursprünglich auf militärische Erwägungen zurückzuführen und zwar auf die ganz Europa gefährdende Wärdigung der Danziger Hafenarbeiter im Jahre 1920, die für das von den Vorkriegsbesatzungen bedingte Meer bestimmte Munition zu liefern. Heute weiß das ehemalige Hindernis Obingens einen größeren Wärdigung auf als „der kleine deutsche Provinz“ Danzig vor dem Weltkrieg.

## Trotz der Warshawer Zückerung.

### Polnisches Flugzeug zweimal über Weithen.

Am Freitag, kurz nach 16 Uhr, überflog ein polnisches Doppeldecker-Flugzeug die Ostsee. Es flog über Weithen, Wiedenhof in der Richtung nach Weithen und wieder über Weithen zurück nach Weithen. Der Flieger flog in einer Höhe von 800 bis 1000 Metern.

## Die Verabschiedung des Döhlengesetzes.

Wie die TU aus parlamentarischen Kreisen hört, ist die Verabschiedung des Döhlengesetzes in der Reichstags-Sitzung am Freitag, 24. Mai, erfolgt. Die Verabschiedung des Döhlengesetzes ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Luftpost. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Luftpost. Das Gesetz ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung der Luftpost.

## Eröffnung der Schweine-Einfuhr.

Die Reichstags-Sitzung am Freitag, 24. Mai, hat die Eröffnung der Schweine-Einfuhr beschlossen. Die Reichstags-Sitzung am Freitag, 24. Mai, hat die Eröffnung der Schweine-Einfuhr beschlossen.

## Die Zahl der Mundfunknehmer ist im Jahre 1929 von 2,8 auf 3,2 Millionen gestiegen.

Die Verhandlungen auf dem Gebiete des Fernverkehrs sind so weit gekommen, daß wir schon bald an einer den postlichen Schwierigkeiten durchaus angemessenen Einigung kommen werden. Zusammenfassend hat der Reichspostminister die Postverwaltung in der Welt bereits wieder großes Vertrauen erweckt.